



Steinbrück



Dämmung eines Hauses

KONJUNKTUR

# Schnüren am Paket

Die Bundesregierung setzt bei ihrem geplanten Konjunkturprogramm vor allem auf die Ausweitung bestehender Fördermaßnahmen. So sollen das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm und das Infrastrukturprogramm der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau massiv aufgestockt werden. Darauf verständigte sich am Freitag vergangener Woche eine vierköpfige Arbeitsgruppe von Spitzenbeamten aus Finanz- und Wirtschaftsministerium sowie des Kanzleramts. Neue Programme sollen nicht aufgelegt werden. Die Runde diskutierte auch Steuer- und Abgabentlastungen. Die Unionsseite, vertreten durch Wirtschaftsstaatssekretär Walther Otremba und den Wirtschaftsabteilungsleiter im Kanzleramt, Jens Weidmann, regte Steuererleichterungen an. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), vertreten durch Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen und Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzert, brachte dagegen den Vorschlag einer „degressiven Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags“ ins Gespräch. Danach sollen Be-

zieher niedriger Einkünfte künftig einen geringeren Arbeitslosenbeitrag bezahlen als Besserverdiener. Das nutze auch solchen Erwerbstätigen, die von einer Steuersenkung nicht profitierten, weil sie wegen ihres geringen Einkommens keine Steuern bezahlten. Die SPD drängte bei den Verhandlungen vor allem auf eine kräftige Aufstockung der Mittel für städtische und private Bauvorhaben, um Arbeitsplätze zu erhalten. Konkret plädieren die Sozialdemokraten dafür, rund eine Milliarde Euro mehr als geplant in die Sanierung von Gebäuden und in Städtebauprojekte zu stecken. Allein das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm solle von 900 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro aufgestockt werden, heißt es in einem „Arbeitsplatzprogramm arbeiten, wohnen, mobil bleiben“ aus dem Verkehrsministerium. Die Ausgaben für den Investitionspakt „Schule, Turnhalle & Kita“ von Bund, Ländern und Gemeinden könnten von 100 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro verdreifacht werden. „100 Millionen Euro Städtebauförderung sichern beziehungsweise schaffen 20 000 Arbeitsplätze“, so eine Berechnung aus dem Haus von Minister Wolfgang Tiefensee. Die Bauwirtschaft sei „einer der wichtigsten Motoren unserer Wirtschaft“. Das Konjunkturpaket soll am 5. November beschlossen werden.

VERBRAUCHERSCHUTZ

# Äpfel und Birnen

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) will das staatliche Eichmonopol kippen und das Messwesen privatisieren. Doch gegen seinen Entwurf eines neuen Messergesetzes gibt es Widerstand im Kabinett. Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) warnt ihren Kollegen in einem Brief davor, „ohne Not in das gut funktionierende System“ einzugreifen. Bislang wachen in Deutschland



Zypries

staatliche Eichämter darüber, dass Supermarktwagen Äpfel und Birnen korrekt abwägen und Tankstellen nicht 800 Milliliter Spirit als einen Liter verkaufen. Zypries verweist auf Erfahrungen in Österreich, wo sich nach der Privatisierung die Kosten für Firmen, die Messgeräte einsetzen, vervierfacht hätten. Bislang sei ungeklärt, ob es auch in Deutschland zu einem derartigen Preisanstieg kommen könne, schreibt die Ministerin: „Vor diesem Hintergrund kann ich dem Gesetzentwurf derzeit nicht zustimmen.“